



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/4 - 5. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931-33
Fernschreiber 0866890

Zum Tode Theodor Körners	S. 1
Italienischer Jahresrückblick	S. 3
25 neue NATO-Flugplätze in der Bundesrepublik...	S. 5
Zur Urabstimmung in Schleswig-Holstein	S. 6

Ein Unvergessener

Von Erich Ollenauer, Vorsitzender der SPD

In Trauer und Ehrfurcht vernimmt sich die deutsche Sozialdemokratie vor der Ashre des zweiten Bundespräsidenten des neuen Österreich und grossen Sozialisten, Theodor Körner. Sein Tod trifft das österreichische Volk und unsere österreichische Bruderpartei schwer. Mit dem Namen des ehemaligen Generals der Habsburger Monarchie, der auf der Mitte seines Lebens den Weg zum demokratischen Sozialismus fand, ist die österreichische Nachkriegsgeschichte untrennbar verbunden. Seine Leistungen als Staatsmann reihen sich in die Taten wahrhaft grosser Vorbilder ein.

Gemeinsam mit seinem Vorgänger, der grossen Gestalt der österreichischen Sozialdemokratie, Karl Renner, legte Körner in Verbindung mit allen gutgesinnten Kräften die Grundlagen des neuen Staates. Wenn sich heute unser südliches Nachbarland aus den Wirren der Nachkriegszeit zu einem gesunden, in seiner demokratischen Entwicklung gesicherten, von den brudermordenden Spannungen der Vergangenheit gelösten Staatswesen entwickelt hat, so verdankt es dies in hohem Masse dem Wirken dieser beiden Männer.

Als ein angesehenen, von militärischer Ruhm unstrahlter General des ersten Weltkrieges war Theodor Körner, Nachkomme des Dichters Theodor Körner, ein Gegner militärischer und politischer Reaktion,

5. 1. 1957

der im demokratisch-freiheitlichen Sozialismus die Kraft der Zukunft erkannte. So war es denn auch kein Wunder, dass dieser Mann nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie als militärischer Leiter des republikanischen Schutzbundes und als Präsident des österreichischen Bundesrates schon in der ersten Republik Österreichs Hervorragendes leistete und schon damals zu den populärsten Persönlichkeiten unserer Bruderpartei zählte. Seine Unbeugsamkeit und sein edler Charakter als Mensch und Politiker hielten auch den Verfolgungen der Dollfuß- und Hitlerzeit stand. Von seinen Schöpfungen als Bürgermeister von Wien nach den schrecklichen Jahren von 1945 kündeten ungezählte Wohnbauten. Dem Präsidenten der Republik Österreich gehörte dann die Liebe des ganzen Volkes.

Die Persönlichkeit des verstorbenen Bundespräsidenten zeugt von der prägenden Kraft des freiheitlich gesinnten sozialistischen Gedankens, aber auch von den segensreichen Ausstrahlungen eines solchen Geistes auf die Partei, aus der er hervorging. Theodor Körner war ein schlichter und bescheidener Mensch, jeden Aufsehen abhold, in ihm leuchtete die Flamme der Gerechtigkeit; sie befähigte ihn, dem österreichischen Staat die Stempel seines Wirkens aufzudrücken. Als Patriot seines geliebten Landes, als überzeugter Demokrat und Sozialist war er gleich gross, von ihm gilt das Wort Shakespeares: Er war ein Mann, nahm alles nur in allem.

Für die deutsche Sozialdemokratie wird Theodor Körner, dieses glänzende Vorbild demokratischer und humanitärer Tatgesinnung, unvergesslich bleiben. Auch sie hat einen grossen Freund und guten Kameraden verloren.

+ + +

Der SPD-Vorstand an die österreichischen Sozialisten

Zum Tode Ihres hochverehrten Bundespräsidenten Dr. Theodor KÖRNER übermitteln wir Euch im Namen unserer Partei unsere herzlichste Anteilnahme. Der Tod dieses grossen Mannes ist nicht nur ein schwerer Verlust für das österreichische Volk, sondern für die gesamte internationale sozialistische Arbeiterbewegung. Vor allem verliert die deutsche Sozialdemokratie in Theodor Körner einen alten Freund und einen guten Kameraden.

Der Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erich Ollenhauer

Wilhelm Mellies

+ + +

- 3 -

Ein Jahr ohne Krisen und Erschütterungen

PE, Rom, Anfang Januar

Fasst man die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Italiens während des abgelaufenen Jahres in ihrer grossen Zügen ins Auge, so wird sich kaum bestreiten lassen, dass diese Entwicklung günstig, in mancher Beziehung sogar erstaunlich günstig gewesen ist.

1956 war ein Jahr ohne ernsthafte Regierungskrisen und sonstige innerpolitische Erschütterungen. Die Koalition der demokratischen Mitte unter dem Ministerpräsidenten Segni hat sich widerstandsfähiger gezeigt, als man dies anfangs vermutet hätte. Die Regierung vermochte an positiver gesetzgeberischer Arbeit recht Bedeutendes zu leisten und einen grossen Teil ihres ursprünglichen Arbeitsprogramms tatsächlich zu verwirklichen. Mehr als eine Gesetzesvorlage, von der man gemeint hatte, ihre parlamentarische Behandlung werde unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Regierungsparteien hervorrufen, ist dank der Vernunft und Kompromissbereitschaft aller Beteiligten glatt verabschiedet worden, so etwa das besonders lebhaft umstrittene Gesetz über die Petroleumwirtschaft. Im Jahre 1956 konnte auch - erstmalig in der italienischen Parlamentsgeschichte - der Staatshaushalt termingerecht und ohne provisorische Zwischenlösungen verabschiedet werden.

Wahlverluste der Extremen

Mehrfach wurde im Laufe des Jahres die Bevölkerung zu den Urnen gerufen, teils im ganzen Land (Gemeindevahlen), teils in einzelnen Distrikten (Etschland, Aostatal, Görz). Bei allen diesen Wählerbefragungen ergab sich das gleiche, höchst erfreuliche Phänomen: ein deutliches Rückfluten der Stimmen von den Extremen zu den gemässigten Mittelparteien. Hierbei erlitt die Rechte (Monarchisten, Neufaschisten) gleichermassen wie die äusserste Linke (Kommunisten) fühlbare Einbussen, während Christ-Demokraten, Liberale, Sozialdemokraten und teilweise auch Sozialisten gestärkt aus den Wählerbefragungen hervorgingen. Die Gefahr eines "Erdrutsches" nach links oder rechts, die noch vor ein paar Jahren akut schien, dürfte damit auf lange, wenn nicht sogar auf immer gebannt sein.

Die Eingangsversuche der Sozialisten

Als innerpolitisches Ereignis ersten Ranges ist silenthoben das

5. 1. 1957

im August 1956 erfolgte Zusammentreffen Manni-Saragat in Pralognan aufgefasst worden, das zu einer Aussöhnung und einem schrittweisen Wiederausammenschluss der jahrelang tödlich verfeindeten Sozialisten mit den Sozialdemokraten führen sollte. Es hatte damals, im Sommer, den Anschein, als sei diese Wiedervereinigung bei einigem gutem Willen - und der durfte zumindest bei den beiden Parteiführern Manni und Saragat vorausgesetzt werden - eine relativ leicht und rasch zu lösende Aufgabe. Dieser Optimismus hat sich freilich im Laufe der nachfolgenden Monate als übertrieben erwiesen. Insbesondere im sozialistischen Lager scheinen dieser Wiedervereinigung, die mit einer entschlossenen Distanzierung der Sozialisten von den Kommunisten gleichbedeutend sein müsste, starke Widerstände erwachsen zu sein. Der bevorstehende Parteitag der Sozialisten wird zeigen, ob die grosse Masse der italienischen Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit einem demokratischen Sozialismus westlicher oder einem autoritären Mitläufertum östlicher Prägung den Vorzug gibt. Der tiefe Eindruck, den die ungarischen Ereignisse auch in Italien geübt hat, lässt eher das erstere erwarten.

Besserung der Wirtschaftslage ?

Auch wirtschaftlich gesehen, darf 1956 als ein recht befriedigendes Jahr angesprochen werden. Zwar liegen Ziffern nur für die ersten acht Monate vor, doch aus diesen ist bereits deutlich zu erkennen, dass die günstige Entwicklung der italienischen Wirtschaft im Jahre 1955 auch im Jahre 1956 ihre Fortsetzung gefunden hat.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion hat in dieser acht Monaten des Jahres 1956 die Ziffer 208 erreicht (wobei die Produktion des Jahres 1938 gleich 100 gesetzt ist), bei einer Zunahme von 7,2% gegenüber dem Vorjahr. In der Spitze dieser Entwicklung steht die Bergwerksindustrie, die die Indexziffer 296 verzeichnet und somit ihre Produktion gegenüber der Vorkriegszeit rund verdreifacht hat.

Wenn man aus den Teilziffern für 1956 auf das voraussichtliche Gesamtergebnis des abgelaufenen Jahres schliessen darf, so gelangt man zu der Zahl von 890 000 neu erstellten Wohnräumen - die höchste, die in der ganzen Wirtschaftsgeschichte Italiens je in einem einzigen Jahr erreicht wurde.

Das chronische Defizit der italienischen Aussenhandelsbilanz frei-

5. 1. 1957

lich hat auch im Jahre 1956 eine weitere Steigerung erfahren und betrug bereits in den ersten acht Monaten 509 Milliarden Lire, während es sich im ganzen Jahre 1955 auf 530 Milliarden belief. Dies stellt aber keinen Anlass zur Beunruhigung dar, da schon jetzt kein Zweifel darüber besteht, dass die Zahlungsbilanz aktiv oder doch zumindest ausgeglichen sein wird. Dafür sorgen die Einnahmen aus dem "unsichtbaren Export", die gerade in Italien traditionsgemäß eine wichtige Rolle spielen. An erster Stelle steht hier der Fremdenverkehr, der gerade im abgelaufenen Jahr beispiellose Rekordziffern erreicht hat.

+ + +

25 neue NATO-Flugplätze in der Bundesrepublik ...

sp. Noch in diesem Jahre sollen in der Bundesrepublik 25 neue NATO-Flugplätze gebaut werden. Kostenpunkt etwa 1,5 Milliarden DM. Von dieser Summe hätte die Bundesrepublik zwei Drittel und die NATO ein Drittel zu zahlen. Angeblich soll dieses Bauprogramm von langer Hand in Paris bei der NATO vorbereitet worden sein, so dass anzunehmen ist, dass Bundesfinanzminister Schöffer die Kostenfrage bereits in seine übrigen Finanzpläne einkalkuliert hat. Doch mit der finanziellen Seite dieser Angelegenheit werden sich die zuständigen Ausschüsse des Bundestages zu befassen haben.

Unabhängig davon wirft die Ankündigung des Baues von 25 neuen NATO-Flugplätzen in der Bundesrepublik erneut sowohl die Frage der NATO-Strategie wie aber auch die des Schutzes der Bevölkerung auf. Man schätzt, dass gegenwärtig in der Bundesrepublik bereits 20-25 militärische Flugbasen existieren. Nach dem Bau der 25 neuen Flugplätze würde sich die Zahl auf fast 50 erhöhen. Das bedeutet: Im Ernstfall würde es in der Bundesrepublik allein 50 potentielle militärische Ziele für einen möglichen Gegner geben. Dazu kämen die zahlreichen übrigen militärischen Anlagen der in der Bundesrepublik stationierten NATO-Streitkräfte, wie Treibstoffdepots, Materiallager und die besonders im Lande Rheinland-Pfalz stationierten Abschuss-Basen der sogenannten Atomgeschütze. Militärfachleute haben zu bedenken gegeben, dass im Falle einer gewalttätigen Auseinandersetzung in Europa unter Umständen durch die zahlreichen militärischen Ziele, die in der Bundesrepublik vorhanden sind, ein grosser Teil Westdeutschlands bei Einsatz modernster Waffen

5. 1. 1957

zerstört werden würde.

Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Bundesregierung angesichts der effektiven Unmöglichkeit, unter den gegebenen Umständen der Bevölkerung auch nur annähernd Schutz zu gewährleisten, diese Frage ihrer Verteidigungspolitik bisher mit einer unfassbaren Leichtfertigkeit behandelt hat. Denn sicher ist, dass alle in der Bundesrepublik für den Schutz der Bevölkerung geschaffenen Ansätze den Stempel der hoffnungslosen Unzulänglichkeit tragen. Umgekehrt aber wird vielfach die Illusion erweckt, als könnte durch den Bau von NATO-Flugplätzen und die Massierung grosser und zahlreicher Militäranlagen in der Bundesrepublik irgend etwas für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung getan werden. Auch dieses Beispiel zeigt die ganze Brüchigkeit der Verteidigungsplanung der jetzigen Bundesregierung und drängt geradezu gebieterisch zu einer neuen, diesmal aber echten Politik der Sicherheit.

+ + +

Urabstimmung: Eine schwerwiegende Entscheidung

rd. Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein ist mit Hartnäckigkeit nun schon über elf Wochen geführt worden. Der inzwischen gefällte Schiedsspruch ist auf einstimmige Ablehnung sowohl der Gewerkschaftsvertreter in der Schlichtungsinanz als auch in der grossen Tarifkommission der IG-Metall gestossen. Den Streikenden wurde empfohlen, den Schiedsspruch abzulehnen und trotz der vergangenen Opfer den Streik fortzusetzen. Dieses Ergebnis strafft alle Neujahrserklärungen über den sozialen Standard und die soziale Befriedung in der Bundesrepublik Lügen.

Dieser Kampf wird bekanntlich, erstmals in der Bundesrepublik, um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, geführt. Die Unternehmer haben dieses Ziel und diesen Kampf zu einem Modellfall erklärt und alle Arbeitgeberverbände zu einer Solidaritätstaktik aufgerufen. Sie wollen diesen Ansturm der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter gegen ihr bewährtes Modell der Klassenenteilung nach dem alten Prinzip: divide et impera (teile und herrsche) verteidigen.

Der jetzt dramatisch zugespitzte Kampf, an dessen Ende der Schiede-

spruch den Arbeitnehmern keinen Deut mehr einbringen sollte, als die Arbeitgeber schon vorher freiwillig zugestehen bereit waren, ist damit in einem weitergehenden Sinne zu einem Modellfall geworden. Seit langem streben die Arbeitgeber an, mit allen Gewerkschaften und im ganzen Bundesgebiet zu Schiedsvereinbarungen und Schlichtungsinstanzen zu kommen. Sie haben es nicht unterlassen, gelegentlich mit der staatlichen Zwangsschlichtung und gesetzlichen Streikverböten zu drohen bzw. drohen zu lassen, wenn sich die Gewerkschaften nicht zu solch freiwilligen Vereinbarungen mit den Unternehmern entschließen. Nun beruht aber der Kieler Schiedsspruch auf solcher tariflicher Vereinbarung. Seinem Inhalt nach ist er jedoch geeignet, zu einem historischen Ereignis zu werden, ähnlich dem Berliner Schiedsspruch, nach dem Metallarbeitersstreik im Oktober 1950 und dem Ruhr-Schiedsspruch im gleichen Jahr. Auch in diesen Schiedssprüchen war aus betrieblichem Kostendenken und einseitigen wirtschaftspolitischen Rücksichten gegen die Arbeitnehmer entschieden worden. Sie hatten zu Lohnabbau und damit zu steigender Arbeitslosigkeit geführt. Sie waren wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen aus gesellschaftspolitischen Machtdenken.

Wenn heute Schiedsgerichte - wie das Kieler Beispiel zeigt - zu nichts anderem führen sollen, als die streikenden Arbeiter um den Erfolg ihres opfervollen Kampfes zu prellen, so dokumentieren sie allzu deutlich ihren Zweck. Sie sollen die Gesetze der angeklücht sozialen Marktwirtschaft, in der Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, auch den Preis der Arbeit, den Lohn, für die Arbeitenden ausser Kraft setzen. Dies zu einem Zeitpunkt, da sich die Unternehmer schärfstens gegen jeden Einriff in das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt, nach dem sie die Preise ihrer Erzeugnisse bestimmen, verwahren.

So wird diese Urabstimmung der Streikenden mehr sein als eine Entscheidung über die Fortsetzung ihres Kampfes um einen besseren sozialen Standard und um die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten. Sie wird zugleich eine Entscheidung sein über die gesellschaftspolitische Position der Arbeiter in der bundesrepublikanischen Demokratie.